

Der Mehrwert historisch-soziologischer Ansätze in der Analyse der Europäischen Integration: das Beispiel der Entstehung und Entwicklung von Sozialpolitik

Eigmüller, Monika

Preprint / Preprint

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Eigmüller, M. (2012). *Der Mehrwert historisch-soziologischer Ansätze in der Analyse der Europäischen Integration: das Beispiel der Entstehung und Entwicklung von Sozialpolitik*. (SEU Working Papers, 4). Leipzig: Freie Universität Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, Institut für Soziologie, VW-Nachwuchsforschergruppe "Sozialraum Europa".
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-365979>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

SOZIALRAUM EUROPA

Die Entwicklung des territorialen Rahmens sozialpolitisch relevanter Solidarität

SEU Working Papers

Monika Eigmüller

DER MEHRWERT HISTORISCH- SOZIOLOGISCHER ANSÄTZE IN DER ANALYSE DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION

Das Beispiel der Entstehung und Entwicklung von Sozialpolitik

Working Paper Nr. 4/2012

Dezember 2012

SEU Working Papers

SOZIALRAUM EUROPA
Universität Leipzig
Institut für Soziologie
Beethovenstraße 15
04107 Leipzig

ISSN 2193-8717

SEU Working Paper Series

Herausgegeben vom Forschungsprojekt *Sozialraum Europa – Die Entwicklung des territorialen Rahmens sozialpolitisch relevanter Solidarität*, gefördert durch die VolkswagenStiftung (Schumpeter Fellowship).

Die SEU Working Paper Reihe dient der Diskussion und Verbreitung von vorläufigen Forschungsergebnissen.

Copyright: Monika Eigmüller

Redaktion und Gestaltung: Stefanie Börner

Monika Eigmüller (monika.eigmueller@uni-leipzig.de) ist Projektleiterin des Schumpeter-Forschungsprojekts *Sozialraum Europa* an der Universität Leipzig.

Monika Eigmüller

Der Mehrwert historisch-soziologischer Ansätze in der Analyse der Europäischen Integration. Das Beispiel der Entstehung und Entwicklung von Sozialpolitik

SEU Working Paper Nr. 4/2012

Universität Leipzig, Leipzig

Impressum

SEU Working Papers
ISSN **2193-8717**

SOZIALRAUM EUROPA
Universität Leipzig
Institut für Soziologie
Beethovenstraße 15
04107 Leipzig

Tel. +49 341 97357-27
Fax +49 341 9735669

Download

www.uni-leipzig.de/SozialraumEuropa/workingpapers

Zusammenfassung

Am Beispiel der Entstehung und Entwicklung einerseits nationaler andererseits europäischer Sozialpolitik fragt der Beitrag nach dem Mehrwert historisch-soziologischer Forschungsansätze für ein Verständnis des Europäischen Integrationsprozesses.

Eine Gegenüberstellung der historischen mit den aktuellen Entwicklungen zeigt, dass die Idee einer anonymen Verantwortungsgemeinschaft mit einem gemeinschaftsbildenden Mehrwert nach innen und eindeutiger Abgrenzung nach außen, so wie sie aktuell in der europäischen Politik proklamiert wird, keineswegs eine neue ist, sondern bereits handlungsleitend für die Einrichtung einer nationalen Sozialpolitik war. Auch die im Zuge dieser Kompetenzübertragungen aufkommenden Konflikte, so wird argumentiert, ähneln sich deutlich in Inhalt und Form. In beiden Fällen handelt es sich um einen Prozess, der nicht von sozialpolitischen Notwendigkeiten, sondern vielmehr von spezifischen Akteursinteressen unter bestimmten Kontextbedingungen determiniert wird.

Abstract

The paper discusses the emergence and development of national welfare politics on the one hand and European social policy on the other hand in order to raise the question how historical-sociological perspectives are able to add to our understanding of European integration.

Comparing past and present processes makes it clear that the idea of a heterogeneous community sharing responsibilities, as it is debated at the moment at the European level, is nothing new. On the contrary, such an integrated community with clearly defined boundaries was already crucial when national social politics were introduced. The paper also argues that the prevailing conflicts that arise from the transfer of political competences are akin to the ones found today. In both cases, one can conclude: social policy-making can be described as a process driven by specific actors' interests and contextual factors rather than by requirements stemming from social imbalances.

Monika Eigmüller
**DER MEHRWERT HISTORISCH-
SOZIOLOGISCHER ANSÄTZE IN DER ANALYSE
DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION**
**Das Beispiel der Entstehung und Entwicklung von
Sozialpolitik**

1 Einleitung

Der Prozess der Europäischen Integration ist spätestens seit Verabschiedung des Vertrags von Maastricht und der Einrichtung der Unionsbürgerschaft einer, der neben Markt und Politik in zunehmendem Maße die in der Union lebenden Bürgerinnen und Bürger betrifft. Damit einhergehend wandelt sich auch das wissenschaftliche Interesse der Europafor- schung: Zur Analyse wirtschaftlicher und politischer Prozesse tritt seit geraumer Zeit die Erforschung der gesellschaftlichen Grundlagen und Folgen dieser politischen Integration hinzu (vgl. z.B. Mau/Büttner 2010; Eigmüller/Mau 2010; Gerhards/Lengfeld 2012).

Als problematisch erweist sich dabei vor allem der geringe Zeithorizont, auf den sich sol- che Forschung beziehen kann. Denn um die gesellschaftlichen Folgen institutioneller Wandlungsprozesse im Zuge der Europäisierung bislang national gefasster Gesellschaften empirisch nachzeichnen zu können, scheinen zwanzig Jahre (bis zum Vertrag von Maast- richt und der Einführung der Unionsbürgerschaft 1993) oder dreißig Jahre (bis zur Einheit- lichen Europäischen Akte und der Schaffung des gemeinsamen Binnenmarktes 1986) kein nennenswerter Zeitraum zu sein. Es ist somit nicht allein der vielbeschworene und oft kri- tisierte methodologische Nationalismus der Forscherinnen und Forscher, der soziologische Zugänge zum Integrationsprojekt EU nach wie vor erschwert (vgl. Beck 1991; Bayer et al. 2008), sondern ebenso ein methodologisches Problem, das sich aus dem kurzen Zeithori- zont des zu analysierenden Gegenstandes ergibt.

Diese Konstellation hat nun in der Vergangenheit wiederholt dazu geführt, das Naheliegende zu tun und den Zeithorizont der Untersuchungseinheit künstlich zu verlängern. Das heißt, die in Bezug auf das EU-Integrationsprojekt und seine gesellschaftlichen Folgen gestellten Fragen wurden kurzerhand in einen weiteren zeitlichen Rahmen gerückt – zumeist in den des Nationalstaats und dessen historische Erfahrungswelten.¹ Und tatsächlich zeigen erste Studien sehr eindrücklich, wie fruchtbar ein solcher Blick in die Vergangenheit für die Analyse gegenwärtiger politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen sein kann (vgl. z.B. Obinger et al. 2005).

Allerdings zeigt sich auch, dass dieser Rückgriff auf die Vergangenheit und die damit oftmals einhergehenden, zumeist impliziten Vergleiche zwischen Vergangenem und Gegenwart weder ausreichend reflektiert noch gar in ihren theoretischen wie auch methodischen Voraussetzungen hinreichend explizit thematisiert werden (so etwa Hooghe/Marks 2004; Fligstein 2008). Dies mag vor allem daran liegen, dass nach wie vor das hierzu notwendige theoretische und auch methodische Instrumentarium fehlt. Besonders deutlich wird dieser Mangel dort, wo nicht nur allgemeine politische Entwicklungen beobachtet werden, sondern ebenso gesellschaftliche Veränderungen im Fokus stehen, wie etwa die soziologische Analyse und Bewertung aktueller Tendenzen in der Herausbildung einer europäischen Sozialpolitik deutlich macht. Nach wie vor wird hier kontrovers diskutiert, ob es zukünftig eine europäische Solidargemeinschaft geben kann, in der sich auch über die bislang existierende regulative Sozialpolitik hinaus redistributive sozialpolitische Elemente entwickeln und damit eine dem nationalen Wohlfahrtsstaat vergleichbare Sozialpolitik auch in der EU entstehen könnte (für einen Überblick vgl. Eigmüller/Mau 2010: 10f.). Dabei kreisen diese Diskussionen um die Frage, ob der Wandel der Sozialpolitik mit der Herausbildung einer europäischen Gesellschaft einhergehen kann und wird, ob eine europäische Sozialpolitik einer europäischen Gesellschaft bedarf oder aber umgekehrt deren Herausbildung erst nach sich zieht (Eigmüller 2010).²

Höchst problematisch an einigen dieser Arbeiten sind die Ausgangspunkte ihres Argumentationsaufbaus, die oftmals kaum reflektiert werden. Denn sie projizieren den *Status quo* nationalstaatlicher Sozialpolitik auf eine zukünftige europäische Solidargemeinschaft, ohne den dabei angenommenen Zusammenhang zwischen Nationalem und Sozialem in der Geschichte der Herausbildung des modernen Wohlfahrtsstaats zu hinterfragen und als historisch kontingenten und variablen Prozess selbst zu untersuchen (so etwa Offe 2001, 2003). Durch die Ausweitung des Untersuchungszeitraums auf den Entstehungszusammenhang und die Entwicklung nationaler Sozialstaaten werden dabei die Prozesse europäischer In-

1 Dabei konzentrieren sich die Studien mit Vorliebe auf die Frage nach der (Un)möglichkeit europäischer Identitäts- und Gemeinschaftsbildung. Um die mangelnden gesellschaftlichen Qualitäten Europas zu erklären, wird hier auf die historische Forschung zur Herausbildung nationaler Identitäten zurückgegriffen (z.B. Gerhards 2002; Fligstein 2008; Kaina 2009; Roose 2010).

2 Dass die Frage nach den Optionen einer europäischen Gesellschaftsbildung auch ohne den reflexhaften Verweis auf historische Gegebenheiten im Nationalstaat bearbeitet werden kann, zeigt insbesondere Bach 2008 (vgl. zudem Eder 2006; Bach 2006).

tegration in den Kontext einer längeren Entwicklungsperspektive gestellt, was zunächst nicht problematisch erscheint. Allzu oft aber werden die vor dem Horizont nationaler Erfahrungswelten entstandenen sozialwissenschaftlichen Konzepte wie Staatsbürgerschaft, Wohlfahrtsstaat oder kollektive Identität einfach auf den europäischen Rahmen übertragen, ohne sich zuvor der nationalstaatlichen Konnotationen zu entledigen. Der methodische Schwachpunkt dieser Arbeiten liegt also darin, dass sie auf den Nationalstaat als archimedischen Punkt ihrer Argumentation zurückgreifen und von dort ausgehend ihre Einschätzungen für die Zukunft der europäischen Sozialpolitik in Interaktion mit einer europäischen Gesellschaft aufbauen (vgl. kritisch Vobruba 2008). Die methodologischen Schwächen solcher Analysen sind offenkundig. Doch wie können wir sie umgehen und dennoch historische Erfahrungen nutzen, um aktuelle Entwicklungen zu dechiffrieren?

Im Folgenden werde ich zunächst die unterschiedlichen Programme, namentlich die Historische Soziologie, sowie die in Deutschland noch vergleichsweise unbekanntere Methodik der *Socio-histoire* kurz vorstellen, um anschließend das methodologische Grundproblem historisch-soziologischen Arbeitens zu thematisieren: Die Analogiebildung zwischen Vergangenen und Gegenwart. Am Beispiel der Entstehung und Entwicklung staatlicher Sozialpolitik werde ich anschließend die theoretischen und methodologischen Überlegungen konkretisieren und schließlich den Mehrwert solcher Herangehensweisen für die Europaforschung diskutieren.

2 Historische Soziologie

Ein Blick auf die lange Tradition historisch-soziologischer Forschungsansätze, insbesondere die deutsche Tradition der Sozialgeschichte (z.B. Wehler 1973; Kocka 1999; Kaelble 2007; Hitzer/Welskopp 2010) und die (Neue) Historische Soziologie (für einen Überblick vgl. Schützeichel 2004), liefert hier erste Anhaltspunkte. Dabei hat die Historische Soziologie weder ein kohärentes Profil, noch eine einheitliche Forschungsprogrammatische oder gar einen Konsens über Erkenntnisziele und -interessen beziehungsweise einheitliche theoretische oder gar methodologische Orientierungen (vgl. ausführlich May 2012). Gemeinsam ist den Arbeiten jedoch vor allem ein makrotheoretischer Ansatz, der insbesondere das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft analysiert, sowie das Verständnis einer sich historisch situierenden sozialen Wirklichkeit, was eine spezifische, eben nicht ahistorische Theoriebildung, verbunden mit entsprechenden Forschungsstrategien und -methoden verlangt (ausführlich Skocpol 1979). Dabei sind die Arbeiten stark gegenwartsbezogen und nehmen ausgehend von aktuellen Entwicklungen historische Konstellationen in den Blick, mit dem Ziel, daraus allgemeingültige Ableitungen treffen zu können (Mikl-Horke 1994).

In diesem Verständnis sind soziale Phänomene nicht mehr nur für sich verstehbar, sondern auch aus ihrer spezifischen historischen Entwicklung heraus. Zentral ist dabei das Verständnis, dass soziale Ereignisse immer zu einer *bestimmten* Zeit und an einem *bestimmten* Ort stattfinden und somit auch kausalanalytische Deutungsmöglichkeiten nur in diesem Kon-

text Geltung beanspruchen können. Indem somit Prozesse statt Resultate in den Mittelpunkt rücken, können auch voraussetzungsvolle Konzepte und Kategorien aufgebrochen und für einen anderen Rahmen nutzbar gemacht werden. Von Nachteil erscheint dabei, dass die Historische Soziologie zumeist auf die Makroebene gesellschaftlicher Entwicklung und deren Rahmenbedingungen fokussiert, also vor allem auf Institutionen und Strukturen, und es dabei vernachlässigt, die Vielzahl an Interaktionen zwischen den verschiedenen Handlungsebenen zu analysieren (vgl. Börner 2012).³ Um aber das Wissen über historische Gegebenheiten für die Analyse der Gegenwart nutzbar zu machen, ist es unerlässlich, neben strukturellen Bedingungen auch die mikrosozialen historischen Konstellationen sichtbar zu machen, etwa indem wir fragen, wie ein bestimmter Gegenstand in unterschiedlichen historischen Kontexten problematisiert wird, wie dieses “Problem” in den unterschiedlichen historischen Kontexten sprachlich benannt und wie es daraufhin in der Gesellschaft als soziale (Handlungs-)Kategorie angenommen und bearbeitet wird (vgl. Salais/Baverez/Reynaud 1986; Topalov 1994). Damit wird der “Problemzusammenhang historisch in seinem Verhältnis zu diesen Konstellationen situiert” (Werner/Zimmermann 2002: 623) und zugleich aus dem konkreten Handlungszusammenhang heraus erklärbar. Genau über diese Betonung des Handlungszusammenhangs können Makro- und Mikroebene in der Analyse wieder miteinander verbunden werden, allerdings nur, wenn wir den Blick auf das historische Material öffnen und nicht lediglich vorgefertigte Annahmen in den historischen Quellen zu bestätigen suchen.

Entscheidend ist hierbei schließlich eine Neujustierung angelegter Untersuchungsmaßstäbe, sowohl in zeitlicher, als auch in räumlicher Hinsicht. Die Betonung unterschiedlicher Handlungsebenen macht dabei deutlich, dass die räumliche Skala von einzelnen individuellen Akteuren, Familien, lokalen Gruppen bis hin zum Nationalstaat und seiner Nationalgesellschaft und schließlich auch über ihn hinaus reicht, die zeitliche Skala entsprechend vom punktuellen Ereignis bis hin zu langen Entwicklungszyklen.

3 Socio-histoire

Ein solches Verständnis der Bedeutung *situativen Handelns* für die Analyse gesellschaftlicher Prozesse geht maßgeblich auf die französische Forschungsströmung der *Socio-histoire* zurück. Ohne große Resonanz in der deutschen Forschungslandschaft hat sich in Frankreich bereits Ende der 1980er Jahre die *Socio-histoire du politique* (SHP) im Dialog zwischen Geschichtswissenschaft und Soziologie herausgebildet (Audren et al. 2003). Programmatisch

³ Die Konzentration auf die Makroebene gesellschaftlicher Entwicklung wird allerdings auch in der Historischen Soziologie nicht ganz ungebrochen beibehalten; so analysiert schon Theda Skocpol in ihrer Studie „Protecting Soldiers and Mothers“ (1992) den Einfluss von Institutionen auf die Interessen und Präferenzen bestimmter Akteure. Vor allem der historische Institutionalismus stellt schließlich eine entscheidende Weiterentwicklung dar, ist doch hier zentrales Forschungsinteresse „to stress the way institutions shape the goals political actors pursue and the way they structure power relations among them“ (Thelen/Steinmo 1992: 2).

ist hierbei die Rückbesinnung auf die Gründungsprinzipien beider Wissenschaften (vgl. Noiriel 2006). Ähnlich wie der Geschichtswissenschaft geht es der *Socio-histoire* um die Rekonstruktion der Genese von sozialen und kulturellen Phänomenen. Ähnlich wie die Soziologie arbeitet die *Socio-histoire* die Zusammenhänge von sozialen Beziehungen historischer Phänomene heraus, besonders von Beziehungen auf Distanz, die über unmittelbare Interaktionen hinausreichen. Ein Kernanliegen der SHP besteht somit darin, politische oder soziale Kategorien, die uns heute selbstverständlich scheinen, als Kristallisationspunkte aufzufassen, die sich historisch konstituiert haben, wie beispielsweise die Kategorien „Arbeitslosigkeit“ (Topalov 1994; Zimmermann 2006) oder „Familienpolitik“ (Lenoir 2003). Eine solche Untersuchung der Entstehungsgeschichte zentraler gesellschaftlicher Kategorien und Institutionen lässt historische Alternativen, Interessenkonflikte und Machtkonstellationen aufscheinen – und damit auch Alternativen zu den Konstitutions- und Entwicklungsbedingungen von Gesellschaft.

Indem die *Socio-histoire* die Bedeutung der Mikro-Ebene gesellschaftlicher Entwicklung betont, fokussiert sie zudem auch andere Akteure. Nicht mehr nur politische Akteure und deren Ideen und Interessen stehen dann im Zentrum der Analyse, sondern sowohl korporative als auch individuelle Akteure geraten in den Blick:

“Das bedeutet, nicht länger systematisch die Interventionen des Staates zum Ausgangspunkt der Untersuchung zu nehmen, sondern mit einem viel pragmatischeren Impetus zu untersuchen, wie die Gegenstände und die Bühnen der öffentlichen Intervention sich wechselseitig konstituieren. Der Übergang von einer historischen Soziologie des Wohlfahrtsstaats zu einer Sozio-Geschichte des öffentlichen Handelns verweist so auf die doppelte Verschiebung: eine Verschiebung der Fragestellung und eine Verschiebung der Methode.” (Zimmermann 2006: 14)

Bezogen auf das Beispiel der Entstehung und Entwicklung von Sozialpolitik in unterschiedlichen historischen Konstellationen heißt das zum einen, dass wir die bekannten Formen sozialpolitischer Interventionen von Staaten als Resultat eines mehrdimensionalen Prozesses in Raum und Zeit betrachten, ohne allerdings a priori die Relevanz einer bestimmten Handlungsebene vorauszusetzen. Vielmehr ist genau das eine der entscheidenden Fragen, die es zu klären gilt: Wieso war es im ausgehenden 19. Jahrhundert ausgerechnet die Nation, in der sich der moderne Sozialstaat herausbilden konnte, wieso wurde sie als Rahmen für die Stabilisierung der gesellschaftlichen Beziehungen dieser Zeit genutzt und nicht andere, bereits bewährte Formen sozialpolitischer Arrangements? Wie konnte das Prinzip der territorialen Festschreibung in den nationalen Rahmen schließlich eine Handlungskategorie wie „die Nation“ herausbilden, die Zugehörigkeiten markierte und damit die Ausübung von Solidarität innerhalb einer als national definierten Gemeinschaft institutionalisierte? Und was bedeutet das für die Analyse der gegenwärtig zu beobachtenden Herausbildung europäischer Sozialpolitik?

Methodisch gerät so die Konstitution von Sozialpolitik und damit das Handeln verschiedener Akteure in den Fokus der Analyse: Und zwar jenseits der gängigen Dichotomie von Struktur und Handlung, Mikro- und Makroebene (Knorr-Cetina 1981). Im Gegenteil: Der

Blick hinter die Kategorien, direkt auf den Prozess der Konstituierung, verweist insbesondere auf Verschränkungen, Überschneidungen und Kontakte zwischen den Ebenen, zwischen Struktur und Handlung, Zeit und Raum (Giddens 1997).

4 Analogiebildungen

Damit sind die wesentlichen Grundpfeiler historisch-soziologischen Arbeitens benannt. Ein Grundproblem bleibt allerdings bestehen: Wie kann dieses Wissen um die Vergangenheit für die Analyse der Gegenwart fruchtbar gemacht werden? Wo liegen die Möglichkeiten – und wo die Grenzen – solcher Analogiebildungen?

Zunächst ist das die Frage nach dem Untersuchungsmaßstab: Wie weit muss vom konkreten Fall abstrahiert werden, um Vergleichbarkeit herzustellen; und wie konkret muss ich gleichzeitig bleiben, um nicht beliebig zu werden? (vgl. Vobruba 2012: 22f.) Das schließt die Frage nach dem Untersuchungsgegenstand mit ein, also die Frage nach dem Objekt des Vergleichs. Zunächst müssen Gemeinsamkeiten identifiziert werden, die sich miteinander in Vergleich setzen lassen. Dabei kann es nicht darum gehen, Gleiches zu finden. Historische Phänomene sind per se *singulär*. Vielmehr geht es darum, Gemeinsamkeiten zu entdecken, die einander gegenübergestellt werden können, um so auch Unterschiede sichtbar werden zu lassen (vgl. Eigmüller 2010). Aber auch dies lässt die Frage nach dem Untersuchungsgegenstand noch weitgehend vage: Denn nach welchen Kriterien lassen sich solche Gemeinsamkeiten finden?

Diese Frage lässt sich nicht absolut beantworten; vielmehr ergibt sich die Wahl des Vergleichsgegenstands aus den theoretischen Annahmen, die einem solchen Unterfangen stets voranstehen. Die Soziologie leitet Erklärungen stets aus dem Handeln realer Akteure ab (Vobruba 2012: 24), und betont die Bedeutung der auf dieses Handeln wirkenden Institutionen. Grundlegend ist dabei ein Verständnis sozialer Entwicklung als *Prozess*, bei dem die Ursache stets der Wirkung vorangeht, wobei aber selbstverständlich – im Sinne eines kausalen *loops* – jede zu beobachtende Wirkung wiederum zu einer neuerlichen Ursache werden kann (Giddens 1997).

Nehmen wir diese Grundaussagen soziologischer Theorie ernst, können wir daraus ein griffiges Forschungsprogramm historisch-soziologischen Arbeitens ableiten, das sich einerseits auf Akteurshandeln in spezifischen institutionellen Kontexten konzentriert und dabei andererseits die zeitliche Entwicklung selbst in den Vordergrund stellt und nach Ursache und Wirkung dieser Handlungen fragt (Aminzade 1992; Pierson 1996). Auf der Folie vorschreitender Zeit können wir dann sowohl die institutionellen Strukturen und deren Einfluss auf das Handeln von Akteuren beobachten, als auch deren Rückwirken auf die institutionelle Struktur und damit sowohl Pfadabhängigkeiten, als auch zirkuläre Reproduktions- und Stabilisierungsprozesse sichtbar werden lassen (Gehring 2002: 39).

Sowohl Ursachen als auch Wirkungsweisen können dann zum Untersuchungsgegenstand in vergleichender Perspektive werden – wohl wissend, dass die Folie eines solchen Vergleichs stets die spezifischen institutionellen Kontexte sind.

5 Historisierung der EU-Integration – das Beispiel 'Sozialpolitik'

Übertragen auf den Gegenstand der Europäisierung von Sozialpolitik werde ich im Folgenden zunächst die Entwicklungsbedingungen im historischen Vergleichsfall der Herausbildung einer nationalen Sozialpolitik im ausgehenden 19. Jahrhundert diskutieren. Ausgehend von den theoretischen Vorüberlegungen konzentriere ich mich dabei auf die beteiligten Akteure und deren Interessen und Handlungen und auf die durch dieses Akteurshandeln spezifisch geprägten institutionellen Ausprägungen der Sozialpolitik. Anschließend gilt es, die in der Analyse der historischen Konstellation in der Herausbildung der nationalen Sozialpolitik gewonnenen Erkenntnisse mit den gegenwärtigen Entwicklungen zu kontrastieren. Nicht Gleiches, wohl aber Vergleichbares wird dabei zu finden sein. Dabei geht es insbesondere darum, Ursachen als auch Wirkungsweisen dieses institutionellen Wandels zu identifizieren und miteinander in Beziehung zu setzen.

Betrachten wir den Stand europäischer Integration im Feld der Sozialpolitik, so zeichnet sich zunächst ein recht diffuses Bild ab. Denn der Einfluss europäischer Organe auf Formen und Inhalte von Sozialpolitik reicht je nach sozialpolitischem Feld unterschiedlich weit und gleicht mehr einem Flickenteppich, als denn einem homogenen Ganzen (Threlfall 2003).

Nach wie vor ist ein Rätsel der Integrationsforschung die Frage, wie diese unterschiedlich weit reichenden Kompetenzübertragungen zu erklären sind. Herkömmliche Theorieangebote verweisen dabei auf die unterschiedlichen Inhalte beziehungsweise die je spezifischen institutionellen Gegebenheiten, die den jeweiligen Grad an Europäisierung erklären, wobei – je nach theoretischem Hintergrund – entweder auf die unterschiedlichen Erfordernisse des gemeinsamen Binnenmarktes beziehungsweise andere Ziele der Integrationsgemeinschaft Bezug genommen wird (z.B. Leibfried/Pierson 1998; Leibfried 2000) oder aber die unterschiedlich starken nationalstaatlichen Vorbehalte gegenüber einer Kompetenzübertragung in den Vordergrund der Analyse gerückt werden (z.B. Streeck 1995; Kersbergen 1997). Unklarheiten ergeben sich in beiden Konzepten allerdings im Detail: Wie etwa ist die bereits sehr weit reichende Kompetenzübertragung im Bereich der Gesundheitspolitik zu erklären, während beispielsweise die Bildungspolitik nach wie vor weitgehend nationalstaatlich organisiert wird?

Dabei ist der Vorgang sozialpolitischen „rescalings“ (Kazepov 2010) selbst kein neuer. Auch im Europa des ausgehenden 19. Jahrhunderts kam es im Zuge der Herausbildung einer nationalen Sozialpolitik zur Übertragung sozialpolitischer Zuständigkeiten von der einen Handlungsebene auf die andere. Die dahinter stehenden Ursachen sind bereits vielfach erörtert und mit Hilfe unterschiedlicher theoretischer Ansätze erklärt worden (für

einen Überblick vgl. Lessenich 2000). Als entscheidende Faktoren gelten neben spezifischen ökonomischen Grundbedingungen vor allem ein sich herausbildendes Klassenbewusstsein auf Seiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, das das Zunftbewusstsein ablöste; die damit einhergehende Bereitschaft, das bis dahin bestehende Solidarnetzwerk innerhalb einzelner Berufsgruppen (wie etwa die *friendly societies* in England oder die Hilfskassen in Deutschland) in eine staatliche Sozialpolitik zu überführen (vgl. Börner 2012) und zugleich Organisationsformen (Gewerkschaften/Parteien) und Organisationsumgebungen (Parlamentarismus) zu finden, die solche sozialpolitischen Interessen auf Arbeitnehmerseite zu „politisch folgenreichen Forderungen“ in einem ohnehin „störanfälligen Staat“ (Vobruha 1983) werden ließen.

Eine solche Lesart der Herausbildung von Sozialpolitik konzentriert sich neben den spezifischen kontextuellen Bedingungen vor allem auf die Interessenlagen der unterschiedlichen, an diesem Prozess beteiligten Akteure. Dabei zeigen diverse Studien, dass nicht nur die unmittelbar von einer solchen Etablierung staatlicher sozialpolitischer Programme Begünstigten auf eine rasche Umsetzung solcher Pläne drängten, sondern ebenso andere Interessengruppen, wie etwa die Unternehmer, die zwar ein lediglich mittelbares Interesse an der Umsetzung nationaler Sozialpolitik hatten, welches jedoch nicht minder schwer wog (vgl. Tennstedt 1981).

So können wir in der Phase der Herausbildung nationaler Sozialpolitik *erstens* ein deutliches Interesse an der identitäts- und solidaritätsstiftenden Wirkung von Sozialpolitik erkennen: Das sich neu herausbildende Prinzip des Nationalstaats sollte mit den Mitteln einer sich gründenden nationalen Verantwortungsgemeinschaft in seinen Grundfesten gestärkt werden (Haupt 1996: 300; Kott 1996; Manow 2005; Senghaas 2012). Gleiches gilt auch für die historische Konstellation, die zur Einrichtung von Sozialpolitik im Vielvölkerstaat der Habsburgermonarchie führte (Senghaas 2012). *Zweitens* war es vor allem die eigene Machtposition, die mittels der Entwicklung sozialpolitischer Programme gestärkt werden sollte, indem so die aufkommende Arbeiterbewegung in Schach gehalten werden konnte. Ergebnis war eine deutliche Engführung von *Sozialpolitik als Arbeiterpolitik*, vor allem in Deutschland und Österreich. Neben der sich verschärfenden sozialen Frage war es aber auch die demographische Entwicklung, die nun im nationalen Kontext verhandelt und mit gänzlich neuer Bedeutung aufgeladen wurde; so konzentrierten sich in Frankreich erste Programme staatlicher Sozialpolitik auf den Ausbau der Kinderfürsorge und den Schutz von werdenden Müttern und kinderreichen Familien (Mitchell 1991: 24ff.; Nord 1994). *Drittens* zeigt sich, dass neben den staatlichen auch andere Interessen an der Durchsetzung dieser nationalen Sozialpolitik beteiligt waren. So traten neben die Handlungsträger staatlicher Interessen auch Beitragszahler und Leistungsempfänger sowie die an der Etablierung der Versicherungen beteiligten Institutionen und sozialen Gruppen. Diese Interessenartikulation geschah dabei zunehmend im Rahmen zentralisierter Verbände, die selbst verstärkten Einfluss auf die sozialpolitischen Inhalte nahmen und damit aktiv auf die Interessenformation wirkten. Und *viertens* ist zu erkennen, dass es in allen europäischen Staaten mit der Einführung nationaler Sozialpolitik zu einer Territorialisierung sozialer Sicherung kam. Indem nun

der Nationalstaat zum Anspruchsgegner individueller sozialer Anspruchsrechte wird, verlagern sich die Zuständigkeiten für soziale Fürsorge, einerseits von der kommunalen und andererseits von der berufsständischen auf die nationale Ebene. Damit kam es zu einer tiefgreifenden Veränderung der Organisation sozialer Sicherheit, denn es war nun das nationalstaatliche Territorium, das den Kreis der potentiellen Beitragszahler und Leistungsempfänger definierte; die Mitgliedschaft in der Versicherungsgemeinschaft ergab sich nicht mehr über Zugehörigkeit zu einem Betrieb, einer Berufsgruppe oder einer Gemeinde, sondern über die Teilnahme am Arbeitsmarkt innerhalb des durch die nationalen Staatsgrenzen konstituierten Raums (vgl. Wagner/Zimmermann 2003: 252). Und neben der gemeinschaftsbildenden Wirkung dieser Territorialisierung sozialer Sicherheit nach innen, führte diese Territorialisierung der nationalen Solidargemeinschaft zugleich zu einer eindeutigen Abgrenzung nach außen.

Die Herausbildung nationaler Sozialpolitik kann also auf unterschiedliche externe Faktoren, sowie auf bestimmte Akteursinteressen zurückgeführt werden. In der Literatur lassen sich insbesondere drei konkurrierende Erklärungsansätze finden, die je nach Ausrichtung eher politische, ökonomische oder aber soziale Spezifika im Herausbildungsprozess nationaler Wohlfahrtsstaaten in den Vordergrund rücken (vgl. Lessenich 2000: 42-43). So unterschiedlich die einzelnen Theorien dabei in ihren Ausgangspunkten sind, sie alle eint ein Verständnis der Herausbildung von Sozialpolitik, das nicht ausgehend von sozialpolitischen Notwendigkeiten, sondern aus der Perspektive sozialpolitisch relevanter Akteure und Kontextbedingungen, bzw. der Wahrnehmung dieser Kontextbedingungen argumentiert. Gefragt wird nach dem Entstehungszusammenhang sozialpolitischer Ansprüche, den Motiven und Interessen der beteiligten Akteure, nach dem Handeln, das durch diese Interessen angeleitet wird, sowie nach den gesellschaftlichen, institutionellen und außerinstitutionellen Rahmenbedingungen dieses Handelns.

Den einleitenden Gedanken zur Methodik historisch-soziologischer Forschung entsprechend, gilt es nun auch übertragen auf den Prozess der Herausbildung einer europäischen Sozialpolitik, entsprechende Fragen zu stellen: Welche Akteure haben ein originäres Interesse an einer Übertragung sozialpolitischer Kompetenzen auf die europäische Ebene? Welche unterschiedlichen Interessen lassen sich hier identifizieren? Und welche Durchsetzungskraft haben sie? Können wir abgeleitete, mittelbare Interessen identifizieren, die eine europäische Sozialpolitik im Sinne „eigennütziger Hilfe“ attraktiv erscheinen lassen? (Vobruba 1994, 2012) Und was sind schließlich die gesellschaftlichen, institutionellen und außerinstitutionellen Rahmenbedingungen, die dieses Handeln anleiten und determinieren?

Kurz: Um die Entstehung und Entwicklung europäischer Sozialpolitik zu erklären, bietet es sich an, das Wissen um den historischen Vorgang sozialpolitischer Kompetenzverlagerung von der lokalen bzw. berufsständischen auf die nationale Ebene nutzbar zu machen und entsprechend nach den Ursachen zu fragen. Dies schließt insbesondere die Frage nach den Akteuren und deren Handlungen im Kontext spezifischer institutioneller Strukturen ein.

Wann und warum wird die Vorstellung europäischer Sozialpolitik handlungsleitend? Für wen und mit welcher Durchsetzungsmacht? Und mit welcher strukturierenden Wirkung, sowohl auf das institutionelle Gefüge, als auch auf die Handlungsoptionen einzelner und kollektiver Akteure?

Die Europäische Union war von Beginn an ein in erster Linie ökonomisches Projekt, in dem sozialen Belangen kaum Aufmerksamkeit zukam. Die Rede vom „sozialen Defizit“ der EU besitzt vor allem für die Gründerjahre der Gemeinschaft Gültigkeit. Und auch später, als erste sozialpolitische Überlegungen Eingang in europäische Politik fanden, galt zunächst das Primat der Ökonomie ungebrochen weiter, unter das sich auch die Sozialpolitik unterordnete. Eine gute Sozialpolitik ließe sich am besten mittels einer erfolgreichen Marktpolitik erreichen, die ökonomische Integration und das damit einhergehende wirtschaftliche Wachstum der EG-Mitgliedstaaten würde per se auch der nationalen Sozialpolitik zugute kommen, da nun eine weitere Expansion nationaler wohlfahrtsstaatlicher Leistungen möglich würde. Die ökonomische Integration Europas würde also in einem „virtuous circle“ automatisch auch zu sozialer Entwicklung führen (Ferrera 2009). Zugleich galt, dass eben diese sozialen Institutionen im Nationalstaat verbleiben sollten, „not as part of a social 'subordination', but as a means of embedding and institutionalising the very institutions of national social policy making themselves“ (Dawson 2011: 32).

Allerdings ließen spätestens ab Ende der 1970er Jahre insbesondere die wachsende Arbeitslosigkeit und eine stagnierende Wirtschaft bei gleichzeitig wachsenden internen Abhängigkeiten die nationalstaatlichen Handlungsmöglichkeiten gerade im sozialpolitischen Bereich deutlich schrumpfen, während zugleich die Notwendigkeit zum gemeinsamen sozialpolitischen Handeln immer stärker betont wurde.

Vor diesem Kontext traten nun spezifische Interessen an einer Europäisierung sozialer Sicherung auf den Plan. Insbesondere die Europäische Kommission suchte spätestens unter Jaques Delors (ab 1985) ihren Einfluss auf die Sozialpolitik der Mitgliedstaaten deutlich auszuweiten und leitete in einzelnen sozialpolitischen Feldern einen allmählichen Kompetenztransfer auf die europäische Ebene ein, wobei sie oftmals auf überraschend wenig Widerstand seitens der Nationalstaaten stieß.

Im Ergebnis führte dies zwar nicht zur Herausbildung einer einheitlichen europäischen Sozialpolitik, wohl aber zu einer recht beachtlichen Ausweitung an Kompetenzen der europäischen politischen Ebene in unterschiedlichen sozialpolitischen Feldern.

Dabei waren es insbesondere die Arbeitgeber und die Industrie, organisiert im Verband UNICE, die sich für eine Ausweitung sozialpolitischer Kompetenzen der europäischen Ebene stark machten. Denn ähnlich wie im oben beschriebenen Fall der Entstehung von Sozialpolitik im ausgehenden 19. Jahrhundert waren es neue sozialpolitische Problemlagen, die durch einen Wandel der institutionellen Gegebenheiten eine neue Ebene politischer Lösungsfähigkeit erforderlich werden ließen: Mit dem erklärten Ziel, den gemeinsamen

Binnenmarkt aufzubauen und besonders Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihrer Mobilität zu unterstützen, wurden gemeinsame sozialpolitische Regelungen notwendig. Das erklärt die inhaltliche Ausrichtung der europäischen Sozialpolitik, die sich – ähnlich den Anfängen nationaler Sozialpolitik – zunächst ausschließlich auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer konzentrierte. Bereits im Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft von 1957 wurden erste Schritte im Sinne einer Vereinheitlichung sozialpolitischer Regelungen gegangen, indem die Nachteile von Wanderarbeitnehmern beseitigt und damit einerseits die Zugangsvoraussetzungen zu den Sozialversicherungen einander angeglichen und andererseits die Übertragbarkeit von erworbenen Ansprüchen sichergestellt wurden.

Dieses Motiv der sozialpolitischen Ermöglichung von Mobilität ist bis heute das stärkste im Zusammenhang mit Kompetenzübertragungen auf die supranationale Ebene, wenngleich der Adressatenkreis sich über die Jahre deutlich erweitert hat – vom Arbeitnehmer über den Konsumenten bis hin zum Unionsbürger auch jenseits des gemeinsamen Marktes (vgl. Eigmüller 2012).

Hinzu traten im zeitlichen Verlauf weitere Motive, die die sozialpolitische Integration vorantrieben. Ähnlich wie im historischen Fall der Herausbildung nationaler Sozialpolitik sind die bestehenden Institutionen und deren Perzeption sozialer Verhältnisse entscheidend für die je spezifische Entwicklung sozialpolitischer Programme. Tangierten im historischen Fall die sozialpolitischen Probleme die Institutionen allerdings derart, dass diese sich in ihrem Bestand gefährdet sahen und vor allem deshalb sozialpolitisch tätig wurden, so sehen heute die beteiligten supranationalen Institutionen in einem sozialpolitischen Aktionismus vielmehr eine Chance, ihren Bestand zu stärken und ihren Einfluss generell auszubauen (Geyer 2000). So wird insbesondere die Kommission nicht müde zu betonen, wie wichtig es ist, der ökonomischen auch eine soziale Integration zur Seite zu stellen, will man das Integrationsprojekt insgesamt auf Dauer stellen und ist gleichzeitig sehr aktiv darum bemüht, selbst eine entscheidende Rolle in diesem neuen sozialpolitischen Raum zu spielen. Aber auch individuelle Interessen einzelner Bürgerinnen und Bürger beeinflussen zunehmend den Integrationsprozess, gerade im Feld der Sozialpolitik (vgl. Eigmüller 2012a). Die unterschiedliche institutionelle Ermöglichung dieser Einflussnahme, sowohl der politischen, als auch der individuellen auf den Herausbildungsprozess originär europäischer Sozialpolitik erklärt schließlich die unterschiedlich weit reichende Integration in den verschiedenen sozialpolitischen Bereichen.

Dabei verlaufen die Mechanismen der Kompetenzakkumulation ähnlich denjenigen bei der Einführung nationaler Sozialpolitik: Auch heute sind es zunächst geänderte Kontextbedingungen, insbesondere die Ablösung national organisierter Arbeitsmärkte durch einen gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkt, die neue Problemlagen überhaupt erst hervorbringen und auf die Notwendigkeit einer übergelagerten Handlungsebene verweisen. Ähnlich der nationalen Sozialpolitikentwicklung weisen die bereits bestehenden sozialpolitischen Institutionen ein beträchtliches Beharrungspotential auf, an das sich vielerlei Interessen knüpfen, die solchen Kompetenzübertragungen zunächst entgegenstehen. Zugleich zeigt sich

aber in beiden Entwicklungsverläufen, dass es dennoch spezifische Interessenkonstellationen unter bestimmten institutionellen Bedingungen gibt, die hieran vorbeigehen und machtvoll eben solche Kompetenzverlagerungen trotzdem durchzusetzen vermögen.

Die Geschichte sozialpolitischer Kompetenztransfers, sowohl historisch von der lokalen beziehungsweise der berufsständischen auf die nationale, als auch die aktuelle Transformation von der nationalen auf die europäische Ebene macht deutlich, dass es sich um einen Prozess handelt, der nicht so sehr von sozialpolitischen Notwendigkeiten getragen ist, sondern vielmehr von spezifischen Akteursinteressen unter bestimmten Kontextbedingungen vorangetrieben wird. Dabei zeigt der Blick in die Vergangenheit, dass die Idee einer anonymen Verantwortungsgemeinschaft, mit einem gemeinschaftsbildenden Mehrwert nach innen und damit einhergehender eindeutiger Abgrenzung nach außen, so wie sie aktuell in der europäischen Politik proklamiert wird, keineswegs eine neue ist, sondern bereits handlungsleitend für die Einrichtung einer nationalen Sozialpolitik war. Und auch die im Zuge dieser Kompetenzübertragungen aufkommenden Konflikte ähneln sich deutlich in Inhalt und Form.

6 Fazit

Was zeigt uns eine solche historisch informierte, aktuelle Analyse der Bedingungen europäischer Sozialpolitikentwicklung?

Erstens ist deutlich geworden, dass eine solche Entwicklung stets ein *Prozess* ist. Die im Blick auf die Entwicklungsgeschichte der Herausbildung nationaler Sozialpolitik gängige Perspektive der *longue durée* bietet sich ebenfalls für die Analyse gegenwärtiger europäischer Sozialpolitikentwicklung an. Auch hier zeigt sich, dass es verkürzt ist, lediglich die *Ergebnisse* von Prozessen zu fokussieren, sondern dass es vielmehr maßgeblich auf den Prozess selbst ankommt, in dessen Verlauf „existierende Interessen, Machtkonstellationen und Handlungsnormen mit sozialem und kulturellem Wandel ... [verbunden werden] und eine neue Logik produzieren, die ihrerseits auf politischer und gesellschaftlicher Ebene strukturbildend wirkt.“ (Werner/Zimmermann 2002: 631) Das verweist zweitens darauf, dass strukturelle Transformationen stets Ergebnis von Strukturen *und* Handlungen sind. Ausgangspunkt jeglichen Wandels sind sowohl Institutionen als auch Akteure mit ihren je spezifischen Interessenlagen. Die Analyse von Wandlungsprozessen rekuriert daher gleichermaßen auf die Mikro- als auch die Makroebene gesellschaftlicher Entwicklung. Nehmen wir diese ersten beiden Bedingungen ernst und fokussieren auf die Entwicklungsdynamiken sozialpolitischer Transformationen, wird schließlich drittens deutlich, dass Ideen und Interessen stets in einem dynamischen Bedingungs- und Einflussverhältnis zu Institutionen stehen, Ideen und Interessen also sowohl Voraussetzung als auch Ergebnis sozialpolitischer Institutionalisierungsprozesse sind.

Einem historisch informierten Ansatz soziologischer EU-Forschung geht es also bei einem Blick in die Vergangenheit nicht um das Eruiieren von Möglichkeiten direkter kausaler

Übertragungen auf den gegenwärtigen Gegenstand der europäischen Integration und der mit ihr einhergehenden gesellschaftlichen Entwicklungen. Vielmehr geht es um eine tatsächliche Historisierung gegenwärtiger Ereignisse in der Art, dass Entwicklungsdynamiken, die Herstellung von Handlungskategorien und die damit verbundenen Interessen und Kontingenzen analysiert werden. Konkret heißt das, die Wege nachzuzeichnen, auf denen sich unterschiedliche Akteure neue 'Bühnen des Handelns' erschaffen, indem sie über die bestehenden Räume, seien es berufsbezogene, lokale, regionale oder nationale, hinausgehen und auf jeweils andere Handlungsebenen verweisen. Daran anschließend kann dann analysiert werden, wie diese neuen Raumbezüge des Handelns zurückwirken auf den politischen Prozess insgesamt und sich ein neuer Rahmen politischer Intervention herausbildet. Gerade in Bezug auf die Ausgangsfrage nach den Gründen für die unterschiedlich weit reichende Integration in den verschiedenen Bereichen der Sozialpolitik ist diese Perspektive auf die beteiligten Akteure und deren Interessen in spezifischen institutionellen Kontexten entscheidend. Denn ein solcher Blick auf den Prozess der europäischen Integration gibt dann nicht nur Aufschluss über die gesellschaftliche *Wirkung* des politischen Integrationsprozesses, sondern, indem neben den multiplen strukturellen Bedingungen auch die unterschiedlichen Akteure in den unterschiedlichen Arenen ins Zentrum des Interesses geraten, ebenso über die *Ursachen* der spezifischen Integrationsentwicklung. Damit wird es schließlich möglich, den Prozess europäischer Integration, wie er sich heute darstellt, nicht nur im Nachhinein zu beschreiben, sondern auch in seinen spezifischen Entwicklungsverläufen zu erklären.

Literatur

- Aminzade, Ronald (1992): Historical Sociology and Time. *Sociological Methods & Research*, 20, 4, 456-480.
- Audren, Frédéric/Kott, Sandrine/Lilti, Antoine/Offenstadt, Nicolas/Van Damme, Stéphane (2003): Temps, Histoire et Historicité: Un Point de Vue Historien. In: Laborier, Pascale/ Trom, Danny (Hg.): *Historicités de l'Action Publique*. Paris: PUF, 514–525.
- Bach, Maurizio (2006): Entgrenzung und soziale Integration im neuen Europa. Über das Verschwinden von 'Gesellschaft' im europäischen Integrationsprozess. In: Hettlage, Robert/ Müller, Hans-Peter (Hg.): *Die europäische Gesellschaft*. Konstanz: UVK: 175–194.
- Ders. (2008): *Europa ohne Gesellschaft. Politische Soziologie der europäischen Integration*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bayer, Michael/Mordt, Gabriele/Terpe, Sylvia/Winter, Martin (Hg.) (2008): *Transnationale Ungleichheitsforschung. Eine neue Herausforderung für die Soziologie*. Frankfurt/M.: Campus.
- Beck, Ulrich (Hg.) (1991): *Politik in der Risikogesellschaft. Essays und Analysen*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Börner, Stefanie (2012): *From Nationalisation to Europeanisation of Social Security? Belonging, Solidarity and Expansion in the Realm of Social Policy*. Dissertation eingereicht an der Universität Bremen.
- Dawson, Mark (2011): *New Governance and the Transformation of European Law. Coordinating EU Social Law and Policy*. Cambridge: University Press.
- Eder, Klaus (2006): Transnationale Kommunikationsräume und die Entstehung einer europäischen Gesellschaft. In: Hettlage, Robert/Hans-Peter Müller (Hg.): *Die europäische Gesellschaft*. Konstanz: UVK, 155–173.
- Eigmüller, Monika (2012a): Europäisierung der Sozialpolitik. Der Einfluss individueller Akteure auf den Integrationsprozess. *Zeitschrift für Sozialreform*, 58, 3, 263-287.
- Dies. (2012): Die Entstehung des *Sozialraum Europa*. Der Einfluss individueller Akteure auf den Integrationsprozess im Feld der Sozialpolitik. In: dies. (Hg.): *Zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft. Sozialpolitik in historisch-soziologischer Perspektive*. Weinheim: Beltz Juventa, 202–225.
- Dies. (2010): Vom Nationalstaat lernen? Möglichkeiten und Grenzen von Analogiebildungen zwischen nationaler und europäischer Sozialpolitikentwicklung. In: Eigmüller, Monika/Mau, Steffen (Hg.): *Gesellschaftstheorie und Europapolitik*.

- Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Europaforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 353–378.
- Dies./Mau, Steffen (2010): Gesellschaftstheorie und Europapolitik. Eine Einleitung. In: Eigmüller, Monika/Mau, Steffen (Hg.): *Gesellschaftstheorie und Europapolitik. Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Europaforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 9–29.
- Ferrera, Maurizio (2009): National Welfare States and European Integration: Search of a 'Virtuous Nesting'. *Journal of Common Market Studies*, 47, 3, 219-233.
- Fligstein, Neil (2008): *Euroclash. The EU, European Identity and the Future of Europe*. Oxford: Oxford University Press.
- Gehring, Klaus (2002): *Die Europäische Union als komplexe internationale Organisation. Wie durch Kommunikation und Entscheidung soziale Ordnung entsteht*. Baden-Baden: Nomos.
- Gerhards, Jürgen (2002): Das Öffentlichkeitsdefizit der EU im Horizont normativer Öffentlichkeitstheorien. In: Kaelble, Hartmut/Kirsch, Martin/Schmidt-Gernig, Alexander (Hg.): *Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert*. Frankfurt/M.: Campus, 135–158.
- Ders./Lengfeld, Holger (2012): *Wir, ein europäisches Volk?* Unveröffentlichtes Manuskript.
- Geyer, Robert (2000): *Exploring European Social Policy*. Oxford: Polity Press.
- Giddens, Anthony (1997): *Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung*. Frankfurt/New York: Campus.
- Haupt, Heinz-Gerhard (1996): Bemerkungen zum Vergleich staatlicher Sozialpolitik in Deutschland und Frankreich (1880-1920). *Geschichte und Gesellschaft*, 22, 3, 299-310.
- Hitzer, Bettina/Thomas Welskopp (Hg.) (2010): *Die Bielefelder Sozialgeschichte. Klassische Texte zu einem geschichtswissenschaftlichen Programm und seinen Kontroversen*. Bielefeld: transcript.
- Hooghe, Lisbet/Marks, Gary (2004): *European Integration and Democratic Competition*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Europäische Politik.
- Kazepov, Yuri (Hg.) (2010): *Rescaling Social Policies towards Multilevel Governance in Europe Social Assistance, Activation and Care for Older People*. Farnham: Ashgate.
- Kaelble, Hartmut (2007): *Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart*. München: Beck.
- Kaina, Viktoria (2009): *Wir in Europa. Kollektive Identität und Demokratie in der Europäischen Union*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kersbergen, Kees van (1997): *Double Allegiance in European Integration. Publics, Nation-States, and Social Policy*. European University Institute, Florenz, Working Paper RSC No. 97/15.

- Knorr-Cetina, Karin (1981): The Micro-Sociological Challenge of Macro-Sociology: Towards a Reconstruction of Social Theory and Methodology. In: Knorr-Cetina, Karin/Cicourel, Aaron V. (Hg): *Advances in Social Theory and Methodology: Toward an Integration of Micro- and Macro-Sociologies*. London: Routledge & Kegan Paul, 1–48.
- Kocka, Jürgen (1999): *Historische Sozialwissenschaft: Auslaufmodell oder Zukunftsvision?*, Oldenburger Universitätsreden 107, Oldenburg: BIS.
- Kott, Sandrine (1996): Gemeinschaft oder Solidarität? Unterschiedliche Modelle der französischen und deutschen Sozialpolitik am Ende des 19. Jahrhunderts. *Geschichte und Gesellschaft*, 22, 311-330.
- Leibfried, Stefan (2000): Nationaler Wohlfahrtsstaat, Europäische Union und "Globalisierung". In: Allmendinger, Jutta/Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (Hg.): *Soziologie des Sozialstaats. Gesellschaftliche Grundlagen, historische Zusammenhänge und aktuelle Entwicklungstendenzen*. Weinheim: Juventa, 79-108.
- Ders./ Pierson, Paul (1998): *Standort Europa*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Lénoir, Remi (2003): *Généalogie de la Morale Familiale*. Paris: Editions du Seuil.
- Lessenich, Stephan (2000): *Soziologische Erklärungsansätze zu Entstehung und Funktion des Sozialstaats*. In: Allmendinger, Jutta/Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (Hg.): *Soziologie des Sozialstaats. Gesellschaftliche Grundlagen, historische Zusammenhänge und aktuelle Entwicklungstendenzen* Weinheim: Juventa, 39-78.
- Manow, Philip (2005): Germany: Co-operative Federalism and the Overgrazing of the Fiscal Commons. In: Obinger, Herbert/Leibfried, Stephan /Castles, Francis G. (Hg.): *Federalism and the Welfare State: New World and European Experiences*. Cambridge: University Press, 222-262.
- Mau, Steffen/ Büttner, Sebastian (2010): Horizontale Europäisierung und Europäische Integration. In: Eigmüller, Monika/Mau, Steffen (Hg.): *Gesellschaftstheorie und Europapolitik. Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Europaforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 274-318.
- May, Christina (2012): Wiederkehr und Neubeginn – Zur Aktualität historisch-soziologischer Perspektiven in der Sozialpolitikforschung. In: Eigmüller, Monika (Hg.): *Zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft. Sozialpolitik in historisch-soziologischer Perspektive*. Weinheim: Beltz Juventa, 30–52.
- Mikl-Horke, Gertraude (1994): Die Wiederkehr der Geschichte. Zur historischen Soziologie der Gegenwart. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 19, 3: 3-33.
- Mitchell, Allan (1991): *The Divided Path: The German Influence on Social Reform in France After 1870*. Chapel Hill: University of North Carolina Press.
- Moravcsik, Andrew (1993): Preferences and Power in the European Community: A Liberal Intergovernmentalist Approach. *Journal of Common Market Studies*, 31, 4, 473-524.

- Nord, Philip (1994): The Welfare State in France, 1870-1914. *French Historical Studies*, 18, 3: 821-838.
- Obinger, Herbert/Leibfried, Stephan/Castles, Francis G. (2005): Beipässe für ein 'Soziales Europa': Lehren aus der Geschichte des westlichen Föderalismus. *Der Staat*, 44, 4, 505–542.
- Offe, Claus (2001): Gibt es eine europäische Gesellschaft? Kann es sie geben? *Blätter für deutsche und internationale Politik* 4/2001, 423–435.
- Ders. (2003): *Herausforderungen der Demokratie. Zur Integrations- und Leistungsfähigkeit politischer Institutionen*. Frankfurt/New York: Campus.
- Pierson, Paul (1996): The Path to European Integration. A Historical Institutional Analysis. *Comparative Political Studies* 29, 2, 123-163.
- Roose, Jochen (2010): *Vergesellschaftung an Europas Binnengrenzen. Eine vergleichende Studie zu den Bedingungen sozialer Integration*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Salais, Robert/Baverez, Nicolas/Reynaud, Bénédicte (1986): *L'invention du chômage. Histoire et transformation d'une catégorie en France des années 1890 aux années 1980*. Paris: Presses Universitaires de France.
- Schützeichel, Rainer (2004): *Historische Soziologie*. Bielefeld: transcript.
- Senghaas, Monika (2012): Sozialpolitik und Nationenbildung. Die Einführung von Sozialversicherungen in Frankreich und in der Habsburgermonarchie. In: Eigmüller, Monika (Hg.): *Zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft. Sozialpolitik in historisch-soziologischer Perspektive*. Weinheim: Beltz Juventa, 102-122.
- Skocpol, Theda (1992): *Protecting Soldiers and Mothers*. Cambridge, Mass.: The Belknap Press.
- Dies. (1979): *States and Social Revolutions: A Comparative Analysis of France, Russia, and China*. New York: Cambridge University Press.
- Streck, Wolfgang (1995): From Market Making to State Building? Reflections on the Political Economy of European Social Policy. In: Leibfried, Stephan/Pierson, Paul (Hg.): *European Social Policy*. Washington: Brookings Institution, 389-431.
- Tennstedt, Florian (1981): *Sozialgeschichte der Sozialpolitik in Deutschland*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Thelen, Kathleen/Steinmo, Sven (1992): Historical Institutionalism in Comparative Politics. In: Steinmo, Sven/Thelen, Kathleen/Longstreth, Frank (Hg.): *Structuring Politics: Historical Institutionalism in Comparative Analysis*. New York: Cambridge University Press, 1–31.
- Threlfall, Monica (2003): European social integration: harmonization, convergence and single social areas. *Journal of European Social Policy*, 13, 2, 121-139.
- Topalov, Christian (1994): *La Naissance du Chômeur, 1880-1910*. Paris: Albin Michel.

- Vobruba, Georg (2012): Analogien zwischen staatlicher und europäischer Sozialpolitik. In: Eigmüller, Monika (Hg.): *Zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft. Sozialpolitik in historisch-soziologischer Perspektive*. Weinheim: Beltz Juventa, 22–29.
- Ders. (2008): Die Entwicklung der Europasozio­logie aus der Differenz national/europäisch. *Berliner Journal für Soziologie*, 18, 1, 32–51.
- Ders. (1994): *Gemeinschaft ohne Moral. Theorie und Empirie moralfreier Gemeinschafts-Konstruktionen*. Wien: Passagen.
- Ders. (1983): *Politik mit dem Wohlfahrtsstaat*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Wehler, Hans-Ulrich (1973): *Geschichte als historische Sozialwissenschaft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Werner, Michael/Zimmermann, Bénédicte (2002): Vergleich, Transfer, Verflechtung. Der Ansatz der Histoire croisée und die Herausforderung des Transnationalen. *Geschichte und Gesellschaft*, 28, 4, 607–636.
- Zimmermann, Bénédicte (2006): *Arbeitslosigkeit in Deutschland. Zur Entstehung einer sozialen Kategorie*. Frankfurt/New York: Campus.